

Protokoll:	Ausschuss für Umwelt und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	51
		TOP:	3
Verhandlung		Drucksache:	991/2016
		GZ:	StU
Sitzungstermin:	14.02.2017		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Pätzold		
Berichterstattung:	der Vorsitzende, Herr Bertram (ASS)		
Protokollführung:	Frau Westhaus-Gloël / fr		
Betreff:	Sanierung Stuttgart 29 -Teilbereich Stöckach-Künftige Nutzung von Villa und Park Berg, Beschlussfassung zu den Leitlinien aus der Bürgerbeteiligung und weiteren Beauftragungen für die Villa		

Vorgang: Ausschuss für Umwelt und Technik vom 07.02.2017, nicht öffentlich, Nr. 45

Ergebnis: Einbringung

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Städtebau und Umwelt vom 25.01.2017, GRDRs 991/2016, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Den im Rahmen eines Bürgerbeteiligungsverfahrens entwickelten Leitlinien für eine künftige Nutzung von Villa und Park Berg gemäß Anlage 2 als Grundlage für die weitere Planung wird zugestimmt.
2. Der Ausschreibung und Beauftragung einer Machbarkeitsstudie und weiterer Leistungen zur Umsetzung der Leitlinien für den Bereich der Villa Berg inkl. Tiefgarage gemäß Anlage 1 mit einer Gesamtsumme von max. 600.000 € brutto wird zugestimmt.
3. Der bisherige Gesamtaufwand für Planungsleistungen, Bürgerbeteiligung, bauliche Vorabmaßnahmen und sonstige Nebenkosten in Höhe von 960.000 € wird im

Teilfinanzhaushalt THH 610 Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung, Projekt Nr. 7.613033. Sanierung Stuttgart 29 -Teilbereich Stöckach-, Ausz. Gr 7873 Sanierungskosten, wie folgt gedeckt:

bis 2016 320.000 €
bis 2017 640.000 €

4. Vom zusätzlichen Personalbedarf zur Wahrnehmung der Projektleitung für die Umnutzung und Modernisierung der Villa Berg für den Zeitraum 1. Januar 2018 bis 31. Dezember 2022 wird Kenntnis genommen. Über die Stellenschaffung wird im Rahmen der Beratungen zum Doppelhaushalt 2018/2019 entschieden.

BM Pätzold verweist zunächst auf einen einstimmigen Beschluss des Bezirksbeirats Ost, dass der Bezirksbeirat mindestens 1 Vertreter/-in in die Jury aller Ausschreibungsverfahren zur Villa Berg entsendet. Er fährt fort, das Vorgehen beim Betreiberkonzept müsse verwaltungsintern noch abgestimmt werden. Anschließend werde ein Vorschlag der Verwaltung vorgelegt. Natürlich werde die Bezirksvorsteherin oder der Bezirksvorsteher in so ein Gremium immer mit eingebunden. Dem Wunsch, dass auch der Arbeitskreis Villa Berg eingebunden werde, könne man nicht nachkommen. Das Gremium müsse durch den Gemeinderat besetzt sein und durch den Bezirksbeirat, der die Interessen des Arbeitskreises auch vertrete.

In ein Auswahlgremium für Ingenieurbüros den Bezirksbeirat oder auch die Berger Bürger, die auch schon angefragt hätten, hineinzunehmen, halte die Verwaltung nicht für zielführend. Die Auswahl von Ingenieurbüros in einem Ausschreibungsverfahren sei Verwaltungsaufgabe. Der Prozess werde weiter offen und transparent gestaltet. Es werde informiert, und es gebe auch die Gelegenheit zur Diskussion über Vorschläge.

StRin Munk (90/GRÜNE) vermutet, dass es sich bei dem Wunsch des Bezirksbeirats um ein Missverständnis bezüglich des nächsten Planungsschritts handelt. Dort gehe es ja nur um eine Flächenaufnahme und noch nicht um ein gestalterisches oder inhaltliches Konzept. Kein Gremium müsse da mitreden, auch der Gemeinderat nicht. Anders sehe es aus, wenn man darangehe, inhaltlich zu arbeiten.

Sehr wichtig sei ihrer Fraktion das Betreiber- und Nutzungskonzept. Die Verwaltung habe schon ausgeführt, wie sie planerisch-konzeptionell vorgehen wolle. Was das Inhaltliche angehe, spüre man der Vorlage an, dass die Verwaltung schon weiter sei, als es in den Leitlinien zum Ausdruck komme. Hervorragend sei, was in der Bürgerbeteiligung in Kooperation mit der Verwaltung entstanden ist. Sie rege an, dass die Verwaltung - vielleicht die Kulturverwaltung - in einem Zwischenschritt zum Betreiber- und Nutzungskonzept informiere, und nicht erst mit dem fertigen Ergebnis in den Ausschuss komme.

StR Körner (SPD) sieht das Projekt auf einem guten Weg mit einer öffentlichen Nutzung als "Offenes Haus für Musik und mehr". Die Frage, wer es am Ende dann mache, werde ganz entscheidend sein und wohl auch zu laufenden Geldern aus städtischen Mitteln führen. Auch deshalb sei es sinnvoll, dass die Kulturverwaltung konkrete Vorschläge vorstelle.

StR Kotz (CDU) verweist zu den Themen Nutzungskonzept und Finanzierung auf die Diskussion, die im Verwaltungsausschuss am morgigen Tag stattfinden wird und signalisiert Zustimmung zum Beschlussantrag.

Auch StR Ozasek (SÖS-LINKE-PluS) hält einen Zwischenbericht in der Frage der Trägerschaft und des Betreiberkonzepts für notwendig. Der Fraktionsgemeinschaft sei es wichtig, dass es keine zu starke Dominanz kommerzieller Interessen gebe, und dass vor Ort der Bezirksbeirat in die Nutzung und die Vergabe der Räumlichkeiten eingebunden sei. Der Vorlage werde die Fraktionsgemeinschaft zustimmen, obwohl sie die Eröffnung der Tiefgarage ablehne. Die Einschätzung, dass eine funktionsfähige Tiefgarage unentbehrlich für das Gelingen des Projekts sei, teile er nicht.

BM Pätzold wirft ein, die baurechtlich notwendigen Stellplätze müssten nachgewiesen werden.

Zu gegebener Zeit solle über den Stand beim Betreiber- und Nutzungskonzept in einem Zwischenbericht im Ausschuss informiert werden, betont auch StR Zeeb (FW). Der Verein Berger Bürger engagiere sich seit 13 Jahren vor Ort. Er halte es für sinnvoll, dass ein geeignetes Forum gefunden werde, bei dem sich der Verein einbringen könne. StR Brett (AfD) schließt sich diesen Ausführungen an.

StR Conz (FDP) geht davon aus, dass die Verwaltung eine gute Idee entwickeln werde, wie die Bürger sich weiterhin äußern und einbringen könnten. Auch beim Betreiberkonzept müsse eine Mitsprache möglich sein. Für die Nutzungen werde man inhaltlich Schwerpunkte setzen müssen. Dabei sollten die Bürger eingebunden werden.

StR Dr. Schertlen (STd) spricht sich für einen Nutzungsbeirat auf und weist auf die Notwendigkeit von Barrierefreiheit innerhalb der Villa Berg hin, vor allem im Hinblick auf den Transport des Bühnenequipments für Konzerte.

Herr Bertram geht auf Fragen und Anmerkungen ein. Er berichtet, für die kommende Woche sei bereits ein Auftaktgespräch mit dem Kulturamt terminiert worden, um in das Thema Betreiberkonzept einzusteigen. Die Verwaltung habe aber erst noch die Beschlussfassung zu den Leitlinien abwarten wollen. Mit der Kulturverwaltung zusammen werde das weitere Vorgehen abgestimmt, zum Beispiel, ob die Verwaltung zunächst sondiere oder ob ein Gremium gebildet werde, über dessen Zusammensetzung dann noch zu reden sei. Wenn man für das Betreiberkonzept zwei oder drei Lösungsvorschläge habe, so viel könne er auf jeden Fall zusagen, würden diese dem Gemeinderat zur Entscheidung vorgestellt.

Was die Beteiligung der Bürgerschaft angehe sei geplant, den Arbeitskreis Villa Berg am Stöckachtreff aufrechtzuerhalten. Diesem werde demnächst auch die Aufgabenbeschreibung für die Machbarkeitsstudie präsentiert. Nicht vorgesehen sei, dass der Arbeitskreis ein Stimmrecht habe. Was sich die Verwaltung aber vorstellen könne sei, dass sie die Ideen dort sammle und kontinuierlich in den Entwicklungsprozess einfließen lasse. So sei es den Bürgern gegenüber auch immer kommuniziert worden. Der Verein Berger Bürger habe dort die Möglichkeit sich einzubringen und tue das auch schon.

Die Sorge, dass der Kommerz in der Villa Berg um sich greifen könnte, könne er schon zu diesem recht frühen Zeitpunkt nehmen. Bei der Abschlussveranstaltung sei deutlich

geworden, in welche Richtung gedacht werde, weil die Musikhochschule, der "Gospel im Osten", eine Breakdance-Gruppe und das Pop-Büro vertreten gewesen seien.

Der Bezirksbeirat Ost wolle - das sei kein Missverständnis - einen Platz in dem Ausschuss für die Ingenieurbüros haben. Die Ausschreibung müsse EU-weit erfolgen. Nicht empfehlen könne er die Durchführung eines Planungswettbewerbs, weil das "Korsett", das durch die Denkmaleigenschaft und auch die Leitlinien vorgegeben sei, so eng sei, dass es im Prinzip keinen Spielraum dafür mehr lasse. Im Rahmen von Gesprächen und Auswahlverfahren solle anhand von objektiven Kriterien ein Büro ausgewählt werden, das "ein Händchen" für ein Kulturdenkmal und Erfahrung mit Bürgerbeteiligung habe und auch willens sei, die Ideen der Bürger in den Entwurf mit einfließen zu lassen. Dafür eigne sich entweder das VGV-Verfahren oder der wettbewerbliche Dialog. Bei allem anderen laufe man Gefahr, dass man ein Büro bekomme, das vielleicht sehr gut im Entwurf ist, hinterher in der Umsetzung aber eher schwach. Die Ergebnisse würden selbstverständlich im Ausschuss vorgestellt, ebenso wie erste Entwürfe oder auch Varianten, die zur Entscheidung vorgelegt würden. Der Bezirksbeirat werde natürlich auch eingebunden.

BVin Strohmaier (Ost) äußert sich zunächst erfreut darüber, dass es bei der Villa Berg nach dem Kauf im Sommer 2015 in so großen Schritten vorangehe. Sie unterstreicht den Wunsch des Bezirksbeirats Ost nach Beteiligung und plädiert auch für die Beteiligung der Bürgerbegleitgruppe und der Berger Bürger. Bei der Bürgerbeteiligung am Stöckach seien zwei Vertreter aus der Bürgerschaft benannt worden, die bei dem Preisgericht dabei gewesen seien. Was damals sehr erfolgreich gewesen sei, könne aufgrund der besonderen Bedeutung der Villa Berg für den Stadtbezirk auch diesmal möglich sein.

BM Pätzold gibt zu bedenken, dass kein Preisgericht stattfindet, und dass man sich bereits Gedanken gemacht hat, wie die verschiedenen Beteiligten eingebunden werden können. Das Vergabeverfahren für die Ingenieurbüros sei sehr zeitaufwendig und normales Verwaltungshandeln. BVin Strohmaier betont nochmals, dass es dem Bezirksbeirat ein wichtiges Anliegen ist, dass gerade in dem späteren Ausschuss Vertreter aus der Bürgerschaft anwesend sind, wie damals am Stöckach.

BM Pätzold kann dem Wunsch nachgeben und bemerkt, die Bürger müssten dann auch schauen, dass sie vertreten sind, und den Termin wahrnehmen.

Abschließend stellt der Vorsitzende fest:

Der Ausschuss für Umwelt und Technik stimmt dem Beschlussantrag ohne Aussprache einmütig zu.

Zur Beurkundung

Westhaus-Gloël / fr

Verteiler:

- I. Referat StU
zur Weiterbehandlung
Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung (5)
Baurechtsamt (2)
weg. VA, GR

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Referat AKR
Haupt- und Personalamt
 3. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
Amt für Liegenschaften und Wohnen (2)
 4. BVin Ost
 5. Rechnungsprüfungsamt
 6. L/OB-K
 7. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. AfD-Fraktion
 7. Gruppierung FDP
 8. Die STAdTISTEN